

Halleische Zeitung

Insertionsgebühren für die fünfgepostene Zeile oder deren Raum 15 Rfr. 15 Rfr. für volle und Regenerungsbeleg Werkburg.

Annoncements-Preis pro Quartal 3 Mark.

Berlag der „Allgemeinnützigen Halleischen Zeitung“.

im vorm. G. Schwerschke'schen Verlage. (Halleischer Courier.) Verantwortlicher Redacteur: Dr. Herr. A. Goepping in Halle.

N 134.

Halle, Mittwoch den 13. Juni

1883.

Die Noth der Katholiken.

Unter den Parteien besteht völlige Uebereinstimmung darüber, daß die Wirkung der kirchenpolitischen Gesetze hauptsächlich für die Befriedigung der kirchenpolitischen Bedürfnisse der Katholiken eine nachtheilige gewesen ist.

Denn giebt es eine kirchenpolitische Richtung, welche sagt, daß dem Staate die Folgen der Gesetzgebung gleichgültig sein können und daß derselbe seinerseits nichts zur Befriedigung dieser Folgen beitragen dürfe, es nicht die Kirche gewiss vom Staat gefällte Befriedigungen erfüllt habe.

Der Staat als Gemeinschaft der Glieder eines durch Sprache und Sitte verbundenen Volkes hat vor Allem die Aufgabe, das Wohl seiner Glieder zu fördern durch positive Maßnahmen, wie durch Befriedigung der diesem Wohl entgegenstehenden Hindernisse.

Die Erfüllung der von ihm als solche erkannten Pflicht der Befriedigung des abnormen Zustandes ansich? Soll er die Erfüllung seiner Pflicht abhängig machen von dem Eintritt von Verhältnissen, die außer dem Bereich seiner Thätigkeit liegen?

Die preussische Regierung hat die kirchliche Noth der Katholiken schon nach diesen Richtungen hin zu lindern gesucht. Es ist ihm möglich gewesen, die Zahl der verwalteten Pfarreien, die im Jahr 1880 1103 betrug, im Jahre 1882 auf 1303 zu verringern.

Wieder sind von Niemandem die Vorschläge der Regierung an sich als für den Staat nachtheilig oder als mit den Prinzipien einer Partei unvereinbar befaßt worden; es sind nur immer ansehnlich liegende politische Mächte und Verbindungen gewesen, welche wenigstens in einem Theil der Presse zu einer Verwässerung der Vorlage geführt haben.

Politischer Tagesbericht.

In die Kommission zur Vorbereitung der kirchenpolitischen Vorlage werden, nach der „N. Fr. Ztg.“, gewählt werden von der konservativen Fraktion: v. Rauchhaupt, Graf Hüniburg, v. Werell-Biedorf, Frdr. v. Hammerstein, Dr. Anner, v. Neumann; von der liberalen Fraktion: Frdr. v. Bechtold, Frdr. v. Schlegel, Frdr. v. Schlegel, Frdr. v. Schlegel, Frdr. v. Schlegel.

Der Jüder-Enquete-commission, welche am Sonntag im Reichstag des Innern zusammengetreten ist, gehören folgende Herrn an: Geheimrath v. Binangray, Präsident des Reichstages, v. Bennigsen, Fabrikbesitzer v. D. Richter, Direktor der Zuckerfabrik in Frankfurt a. M., v. Richter, Direktor der Zuckerfabrik in Frankfurt a. M., v. Richter, Direktor der Zuckerfabrik in Frankfurt a. M., v. Richter, Direktor der Zuckerfabrik in Frankfurt a. M.

Vorarbeiten gemacht worden, welche bei dem Enquete-Verfahren wohl zu näherer Kenntniss gelangen werden. Es wird für möglich gehalten, daß darüber schon in der nächsten Session des Reichstages Mittheilungen gemacht werden.

Der „Hann. C.“ macht über die Motive der überraschenden Mandatsniederlegung des Abg. von Bennigsen folgende Andeutungen: Wir glauben nicht zu irren, wenn wir den Grund zu diesem ebenso bedauerlichen, wie bedauerlichen Vorgang einerseits in den Wirrjalen unserer inneren Verhältnisse überhaupt, andererseits aber im Befinden in den Ansichten des Herrn v. Bennigsen über die kirchenpolitische Vorlage finden, die in der vorbereitenden Sitzung der Partei von dem Reichspräsidenten seiner Fraktionsgenossen abwichen.

Die „Voss.“ dagegen glaubt den Grund der Mandatsniederlegung des Herrn von Bennigsen auf ein „Mißverhältniß“ zwischen dem Reichstagspräsidenten und dem Herrn v. Bennigsen über die Behandlung des Etats von 1884/85 zurückzuführen zu sollen, wonach derselbe in der Vorrede des Reichstagspräsidenten über die Behandlung des Etats in der Kommission begünstigt, beifällig besprochen, während in der Kommission dem Herrn v. Bennigsen gegenüber der Herr v. Bennigsen sich auf das faul accompli des Reichstagspräsidenten bezieht, das die elegante und schnelle Erledigung des Etats in der Kommission dem Beweis geliefert habe, daß eine ebenso schnelle Erledigung im Plenum erfolgen könne.

Trotzdem erzählt man gestern ganz allgemein, daß der Herr Reichstagspräsident durch die ihm im Laufe des Vormittags gewonnene Mittheilung von der Mandatsniederlegung des Führers der Nationalliberalen auf das Heftigste berührt und überrascht worden sei.

In der Schweiz ist die Verstaatlichung der Eisenbahnen durch die Verwirklichung der Rückkauf der Centralbahn empfehlenden Commissionsvorlage mit 67 gegen 59 Stimmen vorläufig vertagt worden. Der erklärte Bundespräsident Welti die Verstaatlichung der Eisenbahnen dadurch in seiner Würde präjudicirt. Diese sei in den Augen des Bundesrats überhaupt nur eine Frage der Zeit.

Gegen den Rückkauf hat in erster Linie die Rechte — die konservativen Katholiken — Protest gemacht. In der sehr entschiedenen Sitzung der Commission sind aber traditionellen liberalen Anschauungen die Verstaatlichung über die Verstaatlichung der Eisenbahnen und über die Niederlage, welche sie nur vorüber bei der Bundesratswahl erlitten hatte, Einiges beigetragen haben. Zweitens befaßt man den Rückkauf die waadtländischen Abgeordneten, für welche ebenfalls der federalistische Gesichtspunkt leitend war, aber auch die Interessen der Simplonbahn,

deren Zustandekommen sie für den Fall, daß der Bund die bestehenden Eisenbahnen zurückkaufe und sich mit finanziellen Lasten beladen hätte, gefährdet glaubten und andere Rückfragen auf die nationale Politik. Drittens stimmten mit Nein die liberal-konservativen des Centrums mit Ausnahme der Herren Cerevisiere und Oberst Weister. Hierzu gefellten sich noch einige vereinzelte Liberale, die denen, wie bei den Graubündnern, bezüglich der Zukunft einer Alpenbahn Befürchtungen ähnlich denjenigen der Waadtländer hervorriefen, oder welche diesen oder jenen besonderen Grund hatten oder auch keinen Grund.

Aus Paris vom 8. Juni wird geschrieben: In Regierungskreisen herrscht Niederdepression, weil die Schwierigkeiten der Expedition nach Tonkin jeden Tag klarer zu Tage treten. Wenn auch der Krieg mit China vermieden wird, so muß Frankreich noch bedeutende Verhärtnissen absehen, um Anam mit Erfolg angreifen zu können. Weitere Truppenbewegungen von Marine-Infanterie und Artillerie sind angeordnet. Das erste algerische Tirailleurregiment und Theile der Fremdenlegion haben Befehl zur Marschbereitschaft erhalten.

Am letzten Sonnabend soll im Vatikan eine mehrstündige Sitzung der Kardinalkongregation für auswärtige Angelegenheiten stattgefunden haben, in welcher der neue preussische kirchenpolitische Gesetzentwurf zur Berathung stand, ein Beschluß über die Stellungnahme zu der Vorlage jedoch nicht gefaßt worden sei. Inzwischen verläutet mit Bestimmtheit, daß der Gesetzentwurf im Vatikan keine feindselige Ausnahme gefunden, weshalb das Centrum denselben scheinbar einmüthig beifällig begrüßt. Die Kirche, welche vor oder nach dem parlamentarischen Beschluß des Sonntags jedenfalls, dem diplomatischen Brauch entsprechend, einer Deantwortung der Jacobinischen Note vom 12. Mai entgegensteht, wird der weiteren Entscheidung einzuweisen, wie man zu sagen pflegt, vom Kaiser aus zu schauen. Als Grund für einen Abbruch der Unterhandlungen wird der Gesetzentwurf um so weniger angesehen, als die dem Gesetzentwurf heiligem Motive auch präzisirt sind, dem zur Zeit noch nicht zu bestimmten Ausprägung der Erweiterungen mit der Kirche sprechen. Ferner heißt es, daß ein Besuch des Nuntius Santelli in Berlin auf seiner Reise nach Moskau nicht unmöglich sei; dagegen kann das Gerücht, er überbringe dem Kaiser ein Brief vom Papste, als durchaus grundlos bezeichnet werden. Schließlich wiederholt unser Herr Korrespondent mit Bestimmtheit, daß der Kardinal-Staatssekretär Sacconi nicht nach Stiffingen geht, von persönlichen Verhandlungen zwischen ihm und dem Fürsten Bismarck also — in nächster Zeit wenigstens — nicht die Rede sein kann.

Am vorgestrigen französischen Ministerrath theilte der Marineminister die letzten aus Tonkin eingehenden Depeschen mit, wonach die vom Gouverneur von Cochinchina gemachten Berichtigungen in Hanoi et gestossen sind, ob sie sich beifügen Besatzung nunmehr auf 1500 Mann belaufen habe die Annehmlichkeiten, welche die Gabelle eventuell ausfischen kann. Der Kommandant von Hanoi glaubt zu wissen, daß die amtlichen Streifen für den Provinzbesatzung, dem Bruder des Kaisers Tu-Duc, kommandirt werden. Dagegen stimmen alle Nachrichten und Reifeinrichtungen über die Haltung Sinnes darin überein, daß diese durchaus nicht den kriegerischen Charakter an sich trägt, wie gewisse Korrespondenzen behaupten. Der Admiral Meyer hat die Meldung nach Paris gelangen lassen, daß feinerlei reguläre chinesische Truppen sich in dem Delta des Roten Flusses befinden. Desgleichen telegraphirt der französische Konsul in Hanoi, daß wenigstens in der Provinz, wo er residirt, feinerlei kriegerische Vorbereitungen getroffen werden.

Man theilt uns aus Bukarest mit, daß seitens der russischen Regierung für die Schiffarmadung des Kilia-arms des nördlichen Donauarmes der Donau, welcher, seit 1878 die Grenze zwischen Rußland und Rumänien bildet, bisher für Seeschiffe unzugänglich war, fünfzehn Millionen Rubel ansgeworfen sind, und daß man mit den Dagerungsarbeiten, welche dazu dienen sollen, dem Kanals die für den Verkehr großer Seeschiffe nöthigen Dimensionen zu sichern, binnen fünf Jahren fertig zu werden hofft.

Die albanesischen Bergstämme hatten, wie jetzt bekannt wird, als das Heftigste des Gouverneurs Mustafa Asim Pascha über die Nothwendigkeit einiger Gebietsveränderungen erwidert, beschloßen ihren Boden bis auf den letzten Mann zu verteidigen. Um dieser Erklärung eine besondere Weisung zu geben, haben diese Stämme unter einander einen Vertrag abgeschlossen, in welchem sie sich verpflichten, jedem Stamme, der seitens der ottomanischen Regierung oder durch einen auswärtigen Feind angegriffen werden sollte, vereint zu Hilfe zu eilen. Nachdem Asim Pascha diese Antwort vernommen hatte, berief er jene wenigen Bergbewohner, welche auf die Einladung Asim Pascha nach Skutari gekommen waren, zu sich und bedeutete ihnen, sie mögen in ihre Züge heimkehren und den Stämmen erklären, daß er ihre Weigerung, mit der Regierung zu unterhandeln, lebhaft bedauere. Die Regelung der Grenzen sei eine unvermeidliche Nothwendigkeit und werde, so schnell möglich geschehen, eventuell mit Anwendung von Waffengewalt gegen die Widerstandleistenden durchgeführt werden.

Die türkische Flotte gegen die aufständigen albanesischen Stämme agirt mit weitestgehendem Glück. Zusammengefaßt zwischen den türkischen Truppen und den albanesischen unzufriedenen Bergstämmen fanden nach einer Weile der Pol. Corr. am 2. und 3. d. Mt. fünf, der untere Theil von Gairratzi ging dabei in Feuer auf. Am 4. d. Mt. Mittags wurde, aufstrebend zur Einleitung von Unterhandlungen, ein zehntägiger Waffenstillstand abgeschlossen. Wie man der „N. Fr. Ztg.“ aus Rattaco am 8. d. Mt. meldet, traten die Walliseren in Brüden an. Asim Pascha behauptet, die Defter der Gairratzi in Rattaco zu liegen. Die Ankunft des Pascha mit 15 Bataillonen wird täglich erwartet. Die





